

Blitzer knackt Millionenmarke

Ende Mai hat der Badener Blechpolizist schon mehr eingebracht, als die Stadt fürs ganze Jahr budgetiert hat.

Philipp Zimmermann

Die Stadt Baden rechnet damit, dass der fix installierte Blitzer auf der Gstuhl-Kreuzung dieses Jahr 845 000 Franken an Busseinnahmen einbringt. Dieser Wert steht zumindest im Budget 2021. Doch die Verkehrsüberwachungsanlage – so wird der Blitzer im Behördenjargon genannt – wird in diesem Jahr deutlich mehr in die Badener Kasse spülen. Das zeigen die Zahlen der letzten zwei Monate, welche die Stadtpolizei Baden ausgewertet hat. Dank den jüngsten Einnahmen hat der Blitzer in diesem Jahr die Millionenmarke übertroffen. Ende Mai liegen sie bei rund 1,026 Millionen Franken.

Der Mai bringt gleich mehrere Rekorde

Allein im Mai betragen die Busseinnahmen 236 680 Franken; das ist rund 27 000 Franken mehr als jeweils in den beiden Vormonaten – und somit ein neuer Rekord. Der erste fix installierte Blitzer auf einer Aargauer Kantonsstrasse ging im Juli 2020 in Betrieb. Wegen einer Panne ist er seit Mitte Dezember in Vollbetrieb. Er blitzt Temposünder und Rotlichtmissachter in den zwei Richtungen Zürich/Bern und Turgi/Brugg. Die Stadt Baden hat er 300 000 Franken gekostet.

Mit Abstand am meisten Einnahmen bringen die Geschwindigkeitsübertretungen in Richtung Zürich/Bern ein. Auch hier wurden in den vergangenen zwei Monaten neue Rekordwerte erzielt: Die Bussensumme stieg im April auf 170 780 Franken und im Mai auf 193 240 Franken. Der schnellste Temposünder im Mai wurde mit 91 km/h geblitzt (Richtung Zürich/Bern). Die bisher höchste gemessene Geschwindigkeit stellte die Anlage bei einem Autofahrer im Januar mit 95 km/h fest.

Einen Raserfall gibt es noch nicht. Dafür wären 100 km/h nötig. Verzeigt wurden im April 32 Lenker, im Mai deren 36. Bis auf zwei im Mai waren alle in Richtung Zürich/Bern unter-



Mit Abstand am häufigsten werden auf der Gstuhl-Kreuzung Temposünder in Richtung Zürich/Bern geblitzt.

Bild: Severin Bigler

«Die erwartete präventive Wirkung der stationären Verkehrsüberwachung wird sich immer stärker ergeben.»

Martin Brönnimann
Chef Stadtpolizei Baden

wegs. Zu einer Anzeige kommt es – wie hier bei erlaubten 50 km/h – ab einer Geschwindigkeitsübertretung von mindestens 16 km/h, also wenn der Tacho mindestens 66 km/h anzeigt. Geringere Überschreitungen werden mit einer Busse von 40 bis 250 Franken erledigt.

Alle 11 Minuten wird ein Temposünder geblitzt

Insgesamt hat der Blechpolizist im Mai 3927 Temposünder sowie 104 Rotlichtmissachter erwischt. Das sind rund 127 Temposünder pro Tag oder 5,3 pro Stunde. Somit wird rund alle 11 Minuten jemand auf der Kreuzung geblitzt.

Wie lässt sich die Zunahme bei den Geschwindigkeitsüber-

tretungen in Fahrtrichtung Zürich/Bern interpretieren? «Die Stadtpolizei stellt nur die Anzahl Übertretungen fest; wie sich das Verkehrsaufkommen aber grundsätzlich entwickelt hat, wird von der Stadt nicht erhoben. Eine Interpretation ist daher schwierig», antwortet Martin Brönnimann, der Chef der Stadtpolizei.

Nun sanken die Busseinnahmen bei Temposündern in Fahrtrichtung Turgi/Brugg nach der Inbetriebnahme deutlich. Rechnet Brönnimann mit demselben Effekt für die andere Richtung? Seine Antwort: «Bei einem gleichbleibenden Verkehrsaufkommen ist sicherlich davon auszugehen, dass die Anzahl Übertretungen abnehmen wird.» Die hohe Zahl an Ver-

Busseinnahmen des Badener Blitzers

Monat	Betrag in Fr.
Januar	192 320
Februar	177 000
März	210 000
April	209 710
Mai	236 680

Quelle: Stadtpolizei Baden

kehrswiderhandlungen bestätigen, dass die repressiven Kontrollen durchaus berechtigt sind, führt er weiter aus. «Die erwartete präventive Wirkung der stationären Verkehrsüberwachung wird sich im weiteren zeitlichen Ablauf immer stärker ergeben.»

Noch mehr digitale Bezahloptionen

Wettingen Seit Dezember 2020 kann in Wettingen die Parkgebühr an den Parkuhren digital beglichen werden. Neu werden die Bezahlmöglichkeiten durch die Apps des TCS Schweiz sowie der SBB ergänzt, teilt die Gemeinde mit.

Die rund 50 Parkuhren auf öffentlichem Grund in Wettingen wurden Ende 2020 digital ausgerüstet. Neben der herkömmlichen Bezahlung durch Münzen ist es seither möglich, die Gebühr mit den weitverbreiteten Kanälen von Parkingpay, Twint und EasyPark zu begleichen. Seit wenigen Tagen steht nun auch der Einsatz der Apps des Touring Club Schweiz sowie der SBB (P+Rail) bei allen Parkuhren zur Verfügung. Die Einführung der digitalen Bezahlmöglichkeiten wertet die Gemeinde als Erfolg. Die Nutzung dieser Kanäle steigt mit jedem Monat. So erfuhr der Anteil an digitalen Parkvorgängen von Januar bis im Mai 2021 eine Steigerung um 231 Prozent. (az)

Kinderflohmarkt auf Theaterplatz

Baden Die Stadt Baden organisiert auf dem Theaterplatz wieder einen Kinderflohmarkt, an dem über 60 Kinder ihre Spielsachen verkaufen und für eine geschäftige Marktatmosphäre sorgen. Ziel des Flohmarktes ist es, auf das Thema nachhaltiges Konsumverhalten aufmerksam zu machen und hierfür zugleich eine Umsetzungsmöglichkeit anzubieten. In der Medienmitteilung heisst es: «Der Stadt Baden ist es wichtig, dass bereits die Kinder für einen nachhaltigen Konsum sensibilisiert werden.» Mit dem Verkauf von Spielsachen machten die Kinder einen ersten Schritt in Richtung verantwortungsvolles Konsumverhalten. Der Kinderflohmarkt findet am Samstag, 12. Juni, von 9 bis 12 Uhr auf dem Theaterplatz statt. (az)

So geht es ohne Schulpflege weiter

Turgi Per Beschluss der Aargauer Stimmberechtigten müssen bis Ende 2021 an allen Schulen neue Führungsstrukturen eingeführt werden, da Schulpflegen per 2022 abgeschafft werden. Da sich der Turgemer Gemeinderat Markus Wälty entschieden hat, per sofort aus der Schulpflege zurückzutreten, besteht dieses Gremium noch aus Eva Eliassen und Martin Christen. Eine Behörde mit nur zwei Mitgliedern ist gemäss Rechtsprechung weder funktions- noch beschlussfähig. Wie die Gemeindekanzlei nun mitteilt, werden die Aufgaben und Kompetenzen der Schulpflege deshalb per sofort an den Gemeinderat übertragen respektive die bisherige Schulbehörde wird aufgelöst. Der Gemeinderat setzt eine externe Fachgruppe ein, die alle schulischen Geschäfte vorbereitet. (az)

«Inakzeptable Propaganda»: SVP kritisiert Stadtrat

Die Abstimmungsinfos zu Baden-Turgi enthielten nur Pro-Argumente, so der Vorwurf – «alles korrekt», sagt die Stadt.

Am 13. Juni wird in Baden und Turgi über die Ausarbeitung eines Fusionsvertrages abgestimmt. Dem Abstimmungszettel beigelegt worden ist eine «Abstimmungszeitung»: Sie umfasst vier A3-Seiten, ist von der Stadt Baden und der Gemeinde Turgi herausgegeben worden und beinhaltet Argumente, die für eine Fusion sprechen. Ausserdem kommen sieben Politikerinnen und Politiker zu Wort. Allesamt sind Gemeinde- und Stadträte von Turgi und Baden und somit Befürworter eines Zusammenschlusses.

Die ehemalige Badener Einwohnerratspräsidentin und heu-

tige SVP-Nationalrätin Stefanie Heimgartner kritisiert den Stadtrat wegen dieser Abstimmungszeitung. «Es sind lediglich die Befürworterargumente aufgelistet. Dies ist meiner Meinung nach reine Propaganda des Stadtrates und als Abstimmungsbeilage inakzeptabel.»

Die Argumente der Gegnerschaft seien mit keinem Wort erwähnt, die Positionen und Argumente der ablehnenden Meinung fehlten vollkommen, so die SVP-Politikerin. Einseitigkeit sei möglich bei Veranstaltungen im Vorfeld und im Abstimmungskampf, «jedoch nicht in Abstimmungsbeilagen», sagt sie. Auch

eine Abstimmungsempfehlung sei üblich, «aber die Informationen im Abstimmungscouvert müssten entweder neutral und ausgewogen sein oder zumindest die Positionen der Gegnerschaft aufzählen».

«Befürchte, dass wir Gegner in Minderheit sind»

Die Auswirkungen dieser aus ihrer Sicht einseitigen Information könnten verheerend sein, so Heimgartner.

Auf die Frage, welches Ergebnis sie erwarte, antwortet sie: «Ich befürchte, dass die Gegner einer Fusion in der Minderheit sind. Das liegt auch an



Die Badener SVP-Nationalrätin Stefanie Heimgartner. Bild: Key

der Abstimmungszeitung, die leider völlig einseitig informiert.»

Marco Sandmeier, Badener Stadtschreiber, erklärt: «Wenn an der Urne ein Thema zur Abstimmung kommt, über das zuvor bereits im Einwohnerrat entschieden wurde, dann müssen in den Abstimmungsunterlagen auch die Argumente der Minderheit aufgeführt werden. Im vorliegenden Fall aber musste der Einwohnerrat nicht über die Frage abstimmen, über die nun am 13. Juni abgestimmt wird, also ob ein Fusionsvertrag ausgearbeitet werden soll. Darum ist es zulässig, dass der Stadtrat eine klare Empfehlung abgibt.»

Pirmin Kramer